

Neuer Anlauf zur Aufarbeitung der Berufsverbote

Im Gewerkschaftshaus erinnert eine Ausstellung an den Radikalenerlass von 1972 und die Konsequenzen

Von unserem Korrespondenten
Peter Reinhardt

STUTTGART Auch 45 Jahre nach dem Radikalenerlass durch die Ministerpräsidenten geht der Streit um Berufsverbote gegen vermeintliche oder tatsächliche Staatsfeinde weiter. „Ich wünsche mir neue Ideen für die Aufarbeitung dieses Kapitels“, sagt Doro Moritz, Landesvorsitzende der Lehrgewerkschaft GEW. Bei der Eröffnung der Ausstellung „Vergessene Geschichte Berufsverbote“ im Stuttgarter Gewerkschaftshaus nennt die Gewerkschafterin die 1972 eingeführten Verbote einen Skandal.

Verdachtsfälle Die GEW war treibende Kraft für die Ausstellung, die von den Gewerkschaften auch finanziert wurde. Im Land sind 2000 Verdachtsfälle aktenkundig, auch Ministerpräsident Winfried Kretschmann war von einem Berufsverbot bedroht. Vor diesem Hintergrund hatte Moritz die Hoffnung, dass es unter seiner Verantwortung zu einer Rehabilitierung kommt. Die Gewerkschaft hat in der vergangenen

Legislaturperiode, als Grüne und SPD zusammen regierten, mit den Abgeordneten der damaligen Regierungsfractionen gesprochen. Der Vorstoß scheiterte. „Kretschmann hat klargemacht, dass er damit nichts zu tun haben will“, klagt Moritz. Der Grünen-Regierungschef tat 2014 seine Zeit beim Kommunistischen Bund Westdeutschland als Jugendsünde ab.

Moritz bedauert, dass Kretschmann eine Entschuldigung des Staates abgelehnt hat. Nach ihrer Ansicht will er „keinen linken Touch“ durch gemeinsame Bilder mit Opfern von damals. Für sie steht die Politik aber auch heute noch in der Verantwortung für die menschlichen Schicksale. „Mit unglaublichem Aufwand“ hätte in den 70er und 80er Jahren der Verfassungsschutz angehende Beamte verfolgt. „Ein Berufsverbot hat das Leben der Betroffenen nachhaltig verändert“, kritisiert sie. Vorbildlich verhält sich in ihren Augen die rot-grüne Koalition in Niedersachsen. Der Landtag dort hat sich bei den von Verboten Betroffenen entschuldigt. Für die Aufarbeitung wurde eine Landesbeauf-



In der Ära des Ex-Kultusministers Gerhard Mayer-Vorfelder wurden einige Berufsverbote ausgesprochen. Auch ein Heilbronner Beamter war im Visier. Foto: dpa

tragte bestellt. Südwest-Ausstellungsmacherin Cornelia Booss-Ziegling bekam damals selbst Berufsverbot. Sie will mit der historischen Aufarbeitung auf etwa 20 Schautafeln dazu beitragen, dass „das Berufsverbot in allen Bundesländern abgeschafft wird“. Nach Niedersachsen gebe es Initiativen in Nordrhein-Westfalen und Hessen.

Bernhard Löffler, Geschäftsführer der DGB-Region Nordwürttemberg, erinnerte selbstkritisch an die unrühmliche Rolle der Gewerkschaften im Umgang mit Andersdenkenden. In den 70er Jahren hätten sie die Berufsverbote und das Ausspionieren gerechtfertigt. Es habe von 1973 bis 1975 „nur“ 328 Ablehnungen gegeben, zitiert er aus al-

ten Protokollen. Löffler: „Damals hat sich weder der DGB noch die GEW mit Ruhm bekleckert.“ Moritz betont, die GEW habe sich zum 40. Jahrestag des Radikalenerlasses für die alten Unvereinbarkeitsbeschlüsse der Gewerkschaft entschuldigt. Da habe es „schwere Verstöße gegen die gewerkschaftliche Solidarität gegeben“.

Auf der Liste mit den 2000 Namen steht auch der Heilbronner Erhard Jöst. Es habe in der Amtszeit von CDU-Kultusminister Gerhard Mayer-Vorfelder genügt, Heinrich Heine zu zitieren. Dafür habe er ein Disziplinarverfahren bekommen und sei zwangsversetzt worden. Der pensionierte Gymnasiallehrer hatte kein dauerhaftes Berufsverbot, es sei ihm aber „immer wieder angedroht worden“. Jöst sagt: „Wenn ich darüber rede, kommt der Ärger hoch.“

INFO Eintritt frei

Die Ausstellung wird bis 7. März im Foyer des Stuttgarter Gewerkschaftshauses gezeigt. Eintritt frei. Das Haus in der Willi-Bleicher-Straße 20 ist werktags von 7 bis 20 Uhr geöffnet, am Wochenende bei öffentlichen Tagungen.